

Booster für die Digitalisierung

AUSBILDUNG Björn Hanisch berichtet über Ausbildungsdefizite in Corona-Zeiten und notwendige Digitalisierungsmaßnahmen.

FRAGEN VON CHRISTOF HERRMANN



Björn Hanisch, Vorsitzender der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (Haupt-JAV) für die Behörden, Gerichte und nicht-rechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin.

Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie auf die praktische Ausbildung in der Berliner Verwaltung?

Als Haupt-JAV vertrete ich gemeinsam mit meinem Gremium die Interessen von ca. 7.000 Nachwuchskräften in knapp 40 Behörden des Landes Berlin. Genauso vielfältig wie unser Betreuungskreis ist auch der Umgang mit Corona in den Dienststellen gewesen. Gerade in den ersten Wochen und Monaten war die Ausbildung einer der ersten Bereiche, welcher aufgrund des Infektionsschutzes zurückstecken musste. Wir haben nicht selten Anfang 2020 von Nachwuchskräften gehört, dass sie über mehrere Wochen ohne großes Lernpensum zu Hause abgestellt wurden. Zudem konnten viele Präsenzlehrgänge über lange Strecken aufgrund von Personenobergrenzen nicht durchgeführt werden. Dadurch sind beträchtliche Lerndefizite entstanden, die bei den eng getakteten Ausbildungsplänen nicht immer nachgeholt werden konnten. Inzwischen haben es aber viele Dienststellen geschafft, das Thema Arbeiten und Ausbilden unter Pandemiebedingungen besser zu meistern.

Wie hat die Haupt-JAV darauf reagiert? Welche Vorschläge hat sie entwickelt, damit auch unter diesen Umständen eine digitale Ausbildung erfolgen kann?

Als Haupt-JAV haben wir versucht, den Überblick im Land Berlin beim Thema Ausbildung zu behalten. Mit gezielten Fragenkatalogen haben wir regelmäßig in den einzelnen ausbildenden Dienststellen den Status Quo abgefragt. Zudem waren wir natürlich in einem regelmäßigen Austausch mit den örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Dadurch

hat sich schnell gezeigt, dass im Land Berlin unterschiedliche Voraussetzungen für eine digitale Ausbildung bestehen. An manchen landeseigenen Akademien fehlte es zum Beispiel an so einfachen Dingen wie einem bestehenden WLAN-Netzwerk, um den Dozierenden die Durchführung von Unterricht per Videokonferenz zu ermöglichen. Zudem waren fast alle Nachwuchskräfte für das mobile Lernen auf die Nutzung ihrer privaten technischen Endgeräte angewiesen. Im März 2021 hat die Haupt-JAV aufgrund der Erkenntnisse ein Positionspapier zu »Corona in der Ausbildung« veröffentlicht. In diesem ging es unter anderem um nicht vermittelte Ausbildungsinhalte, die Qualität von mobilem Lernen zu Hause oder den sich weiter zuspitzenden Mangel an Praxisanleitenden. Mitte 2021 folgte dann noch ein Eckpunktepapier zur mobilen Arbeit in der Ausbildung. In diesem geht es um grundsätzliche Forderungen für die theoretische und praktische Ausbildung der Zukunft.

Wie hat die Dienststelle auf diese Vorschläge reagiert, welches Budget wurde für den Digitalisierungsbooster bereitgestellt?

Als Haupt-JAV führen wir regelmäßige Gespräche mit der Berliner Landesregierung sowie diversen Abgeordneten und Gewerkschaften im Land Berlin. Hier wurden die bestehenden Probleme fortlaufend thematisiert und unsere Forderungen vorgebracht. Im März 2021 hat der Berliner Senat dann beschlossen, 10 Millionen Euro für die Unterstützung der digitalen Ausbildung in der Berliner Verwaltung bereitzustellen.

Wofür wurden die Mittel eingesetzt?

Die für die Verteilung der Mittel zuständige Senatsverwaltung für Finanzen hat unser Gremium frühzeitig mit in die Verteilung der Mittel einbezogen. Gemeinsam mit den örtlichen (Gesamt-)Jugend- und Auszubildendenvertretungen haben wir dann Vorschläge für den Einsatz dieser Mittel gesammelt, diese kategorisiert, zusammengefasst und der Senatsverwaltung für Finanzen mitgeteilt.

Was hat sich in der Ausbildung durch die neue Ausstattung verändert?

Ein großer Teil unserer Vorschläge konnte dann tatsächlich mit den bereitgestellten Mitteln realisiert werden. In einigen Behörden wurden digitale Endgeräte für auszubildende Dienstkräfte und zum Teil auch deren Praxisanleitende beschafft. In der Polizei Berlin, der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie der Verwaltungsakademie Berlin wurden Fördermittel für die Erweiterung bzw. den Aufbau einer digitalen Lernplattform genutzt. Außerdem haben die Polizei Berlin, die Berliner Feuerwehr und die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung Fördermittel zur Einrichtung bzw. zum Ausbau von WLAN-Netzen in den Ausbildungsstandorten bekommen.

Wie ist die Reaktion der Azubis auf diese Digitalisierungsmaßnahmen?

Wir haben zu den umgesetzten Projekten aus den angesprochenen Mitteln durchweg positives Feedback bekommen. Klar ist uns aber auch, dass der Weg zu einer flächendeckend modernen und digitalen Ausbildung noch weit ist. Bei der Verteilung der Mittel hat sich gezeigt, dass große Teile der Berliner Verwaltung beim Thema Digitalisierung dringenden Nachholbedarf haben. Da die Mittel nur bis zum 31.12.2021 befristet waren und es vielen Dienststellen an IT-Kapazitäten oder Konzepten fehlte, floss ein nicht unerheblicher Teil der Mittel leider ungenutzt zurück in den Landeshaushalt.

Tragen die Maßnahmen dazu bei, dass dadurch auch die Attraktivität der Ausbildung beim Land Berlin steigt?

Aus meiner Sicht sind Tablets oder WLAN heutzutage eher eine Grundvoraussetzung als



ein hervorstechendes Argument auf dem Ausbildungsmarkt. Wenn ich mich mit Freunden aus der freien Wirtschaft unterhalte, höre ich nicht selten, dass das neueste iPhone, ein Laptop oder ein modernes Tablet heutzutage zur Grundausrüstung, auch in der Ausbildung, gehört. Klar ist für mich aber auch, dass das Land Berlin erst einmal einen Plan braucht, wie es in Zukunft modern und effizient ausbilden will, damit nicht jede unserer knapp 40 Dienststellen Sachen erproben muss, die sich woanders vielleicht schon bewährt haben.

Welche »Baustellen« werden derzeit von der Haupt-JAV bearbeitet?

Dazu zählt die flächendeckende Einführung aller Regelungen unserer 2019 abgeschlossenen, und mit dem Deutschen Personalrätepreis ausgezeichneten, »Rahmendienstvereinbarung Ausbildung«, die durch Corona ziemlich zurückstecken musste. Außerdem noch die Aufarbeitung der pandemiebedingt weggefallenen Lehrinhalte sowie die Etablierung von Regeln und Konzepten für eine moderne Ausbildung. <



Christof Herrmann, Kommunikationsberater mit den Themen Arbeit, Recht und Wirtschaft.
kommunikation@sc-herrmann.de

Die Haupt-JAV für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin erhielt 2019 im Rahmen des Deutschen Personalräte-Preises den Sonderpreis der DGB-Jugend und hat 2022 erneut erfolgreich am DPRP teilgenommen.



Jetzt für den DPRP 2023 bewerben! Alle Infos unter www.dprp.de.